

Forderungen an die deutsche Politik

Auf unserer Veranstaltung „Bericht aus Gaza“ am 25.6.2025 haben wir in Auszügen die Positionen und Forderungen mehrerer Organisationen zur Situation in Gaza vorgetragen. Diese werden hier aufgeführt. Die beigefügten Links führen auf die entsprechenden Web-Seiten, wobei sich diese inzwischen schon wieder geändert haben können.

Auf einigen dieser Web-Seiten gibt es Musterbriefe mit Forderungen, die an Politiker*Innen verschickt werden sollen. Am Ende des Dokuments finden sich deshalb Namen und Anschriften der Krefelder Bundestagsabgeordneten.

Ärzte ohne Grenzen:

Die Situation in Gaza

Seit der Wiederaufnahme der Angriffe und der Blockade der Hilfslieferungen durch Israel ist Gaza für die Palästinenser*innen zur Hölle auf Erden geworden. Das Überleben der Menschen hängt vom Willen der israelischen Behörden ab, die der Bevölkerung den Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser, medizinischer Versorgung und Unterkünften verweigern. Die israelische Regierung zerstört bewusst die Lebensgrundlagen in Gaza, was ethnischen Säuberungen gleichkommt.

Die Menschen in Gaza leben seit Oktober 2023 unter den katastrophalen Bedingungen des Krieges. Mehr als 52.000 Menschen wurden getötet, fast ein Drittel davon Kinder, und mehr als 118.000 Menschen sind verletzt (OCHA). Fast alle medizinischen Einrichtungen sind zerstört oder beschädigt. Mehr als 90 % der Bevölkerung im Gazastreifen mussten fliehen, zum Teil mehrfach.

Wir fordern

- Einen **sofortigen Waffenstillstand**, denn nur so kann Hilfe sicher geleistet werden.
- **Bedingungslosen Zugang für humanitäre Organisationen** – über alle Grenzübergänge.
- Den **Schutz von medizinischem Personal, Gesundheitseinrichtungen und Patient*innen**.
- Ein **Ende der Angriffe auf Zivilist*innen**.
- **Die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Genfer Konventionen** – durch alle Konfliktparteien.

Gemeinsam mit 8 anderen Hilfsorganisationen, die in Gaza Nothilfe leisten, haben wir am 28. Mai 2025 vor dem Auswärtigen Amt in Berlin eine “rote Linie” gezogen – als unmissverständliches Symbol für den Schutz des humanitären Völkerrechts. Unsere Botschaft: Es gibt ausreichend erfahrene Akteure vor Ort, die sofort noch mehr Hilfe leisten könnten. Dafür braucht es jetzt politischen Willen und eine klare Positionierung. Die deutsche Bundesregierung muss auch die Verteilung von Hilfsgütern durch die private “Gaza Humanitarian Foundation” unmissverständlich ablehnen und ausschließen, dass deutsche Mittel in solche Strukturen fließen.

<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/unsere-arbeit/einsatzlaender/palaestinensische-autonomiegebiete>

Oxfam:

Dass die Katastrophe im Gazastreifen in vielerlei Hinsicht einzigartig ist, berichtet Robert Lindner, unser Experte für Humanitäre Krisen und Menschenrechte:

„In keinem anderen Krieg der Gegenwart sind in einem vergleichbaren Zeitraum mehr Kinder und Frauen getötet worden. Nirgendwo sind auch mehr humanitäre Helfer*innen und Journalist*innen durch Kampfhandlungen gestorben. Nirgendwo sonst werden Hunger und Wassernot als Kriegswaffe flächendeckend so systematisch eingesetzt wie im Gazastreifen.“

Laut Grundgesetz ist die Würde des Menschen unantastbar – das muss auch für Palästinenser*innen gelten. In der deutschen Politik haben sie kaum eine Stimme.

Höchste Zeit, das zu ändern! Wir fordern:

- einen dauerhaften Waffenstillstand in Gaza
- die Freilassung aller Geiseln
- freien Zugang für humanitäre Hilfe in Gaza und im übrigen Palästina
- Keine Lieferung von Rüstungsgütern, die völkerrechtswidrig eingesetzt werden
- die Achtung aller völkerrechtlichen Verpflichtungen

IPPNW:

Das humanitäre Völkerrecht zieht rote Linien, die eingehalten werden müssen: Hunger darf nicht als Waffe eingesetzt werden, Krankenhäuser und Medizinpersonal nicht zur Zielscheibe werden und die Zerstörung der medizinischen Infrastruktur nicht als Mittel der Kriegsführung eingesetzt werden!

1.045 Ärzt*innen, Angehörige anderer Gesundheitsberufe und weitere Personen haben einen Offenen Brief zum Krieg in Gaza an die Bundesregierung gerichtet. Sie fordern, die Politik solle „glaubwürdig für Menschenrechte und Völkerrecht eintreten!“

„Während Bundeskanzler Merz inzwischen vorsichtige Kritik an Netanjahus militärischer Offensive in Gaza äußert, lehnt die Regierung einen klaren Stopp von Rüstungsgütern nach Israel immer noch ab. Die EU debattiert über eine Prüfung des Assoziierungsabkommens mit Israel, und Deutschland stimmt sogar dagegen, überhaupt zu überprüfen, ob Israel sich an das Abkommen hält. Unser Brief soll den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, damit Deutschland endlich etwas gegen die humanitäre Katastrophe in Gaza tut“

<https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/gaza-bundesregierung-muss-glaubwuerd.html>

Amnesty International Deutschland e.V.:

DEUTSCHLAND MUSS SICH ZU DEN PRINZIPIEN DES VÖLKERRECHTS UND DER MENSCHENRECHTE BEKENNEN!

Wir empfinden eine tiefe Scham angesichts der deutschen Positionierung bezüglich des israelischen Vorgehens in Gaza und sind zutiefst bestürzt angesichts der anhaltenden humanitären Katastrophe im Gazastreifen und der Rolle Deutschlands in diesem bewaffneten Konflikt.

Offener Brief an die Bundesregierung mit den Forderungen:

Deutliche Positionierung und Einsatz der deutschen Bundesregierung für einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien, um weiteres Leid der Zivilbevölkerung zu verhindern.

Prüfung und Aussetzung von Rüstungsexporten nach Israel, insbesondere solcher, die in Gaza, im völkerrechtswidrig besetzten Westjordanland, im Libanon und in Syrien zu Völkerrechtsverletzungen beitragen oder das Überleben der Geiseln und der palästinensischen Zivilbevölkerung gefährden könnten.

Einsatz für eine ungehinderte humanitäre Hilfe für alle Menschen im gesamten Gazastreifen, einschließlich der Bereitstellung von Nahrungsmitteln, medizinischer Versorgung und anderer lebensnotwendiger Güter durch zivile humanitäre Hilfsorganisationen und UN-Organisationen wie das World Food Programm und UNRWA nach den für humanitäre Hilfe geltenden Prinzipien.

Stärkung des internationalen Strafgerichtshofs und internationaler Organisationen.

<https://www.amnesty.de/mitmachen/petition/israel-gaza-genozid-stoppen>

Medico International:

Vor aller Augen geht das Töten in Gaza weiter. Wer die Menschenrechte dort nicht verteidigt, wird sie auch hier verlieren. Sprechen Sie darüber. Nicht eines Tages. Jetzt.

Nichts von dem, was in Gaza geschieht, geht heimlich vor sich. Kriegsverbrechen werden von israelischen Politiker:innen und Militärs angekündigt und von Soldat:innen selbst aufgezeichnet. Auch die deutsche Regierung unterstützt die genozidale Kriegsführung Israels in Gaza. Einspruch dagegen regt sich hierzulande wenig. Selbst wenn zuletzt vermehrt öffentlich Kritik am israelischen Vorgehen geäußert wird: Rufe zur Wahrung der Menschenrechte bleiben Lippenbekenntnisse, wenn auf sie keine Taten folgen.

https://www.medico.de/kampagnen/eines-tages-werden-alle-schon-immer-dagegen-gewesen-sein?mtm_campaign=nl_20067

Pax Christ verweist auf einen Appel des Ökumenischer Gesprächskreises Appell: Öffentliche Verantwortung der Kirchen zum Gaza-Krieg

Appell: Öffentliche Verantwortung der Kirchen zum Gaza-Krieg

Nach dem entsetzlichen, verbrecherischen Massaker vom 7. Oktober war die Absicht der israelischen Regierung, die Hamas für immer zu zerschlagen, sehr verständlich. Es gab freilich von Anfang an Zweifel, ob das gelingen könne, ohne Israel selbst in den Sog eines verbrecherischen Krieges hineinzuziehen.

Nach achtzehn Monaten Krieg gegen die Hamas ist das Ergebnis ernüchternd und zutiefst erschütternd. Die Hamas ist zwar geschwächt, aber nicht vernichtet. Mehr als 50.000 Menschen sind Opfer der Bombardements und Kampfhandlungen geworden, darunter besonders viele Frauen und Kinder. Die lebenswichtige Infrastruktur einschließlich Krankenhäusern und Schulen ist weitgehend zerstört. Ein kurzer Waffenstillstand mit dem Austausch von israelischen Geiseln und palästinensischen Gefangenen ist von Israel einseitig beendet worden. Seither blockiert die israelische Armee die Lieferung von Wasser, Nahrung und medizinischen Hilfsmitteln. Die noch in Gaza lebenden Menschen werden auf einer immer kleineren Fläche zusammen gedrängt. Gleichzeitig

nehmen Gewalttaten jüdischer Siedler gegen die palästinensische Bevölkerung im Westjordanland zu, immer öfter mit Unterstützung israelischer Soldaten.

Die Kirchen in Deutschland haben sich bisher trotz mehrfacher Aufrufe von Seiten kirchlicher Partner und zivilgesellschaftlicher Gruppen in Israel und der Region mit Stellungnahmen zurückgehalten. Aufgrund der deutschen Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus und des damals verbreiteten Antisemitismus auch in den Kirchen ist das Verhältnis von Christen und ihren Kirchen in Deutschland zu Israel immer noch belastet. Inzwischen gibt es vielfältige Dialogbeziehungen zwischen Christen und Juden. Die Bundesrepublik bekennt sich, auch im Rahmen der Europäischen Union, zur Mitverantwortung für die Sicherheit des Staates Israel. Kritische Äußerungen zur Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung werden, unter Missachtung des demokratischen Rechts der Meinungsfreiheit, immer häufiger als Ausdruck von Antisemitismus gebrandmarkt.

Das von den Kirchen mit Nachdruck mitgetragene Bekenntnis zur Bedeutung der Menschenrechte und zur Gültigkeit des humanitären Völkerrechts macht es jedoch inzwischen zu einer Frage der Glaubwürdigkeit, ob und wie sie Stellung nehmen zu den Auswirkungen des israelischen Krieges gegen die Hamas. Dies gilt umso mehr, als es deutliche Hinweise gibt auf die erklärte Absicht der gegenwärtigen israelischen Regierung, die palästinensische Bevölkerung aus Gaza umzusiedeln und möglicherweise auch aus dem Westjordanland zu vertreiben. Dies wäre ein schwerwiegender Verstoß gegen das Völkerrecht im Sinne der Konvention gegen Völkermord.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland forderte vor drei Wochen von der Bundesregierung und deutschen Nichtregierungsorganisationen die Unterstützung des palästinensischen Hilfswerks der Vereinten Nationen einzustellen. Und für Israels Premier Netanjahu ist der Sieg über die Hamas wichtiger als das Leben der noch verbliebenen und lebenden Geiseln in Gaza. Das berichteten verschiedene israelische Zeitungen am 1. Mai 2025. Beide Nachrichten verstärken unsere Besorgnis.

Deshalb bitten wir unsere Kirchen in Deutschland, dass sie sich

in Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung

und bei ausdrücklicher Bekräftigung der neu begründeten Beziehungen zum jüdischen Volk

öffentlich distanzieren von der Kriegspolitik der gegenwärtigen israelischen Regierung,

und erklären, dass die beschlossenen oder geplanten Maßnahmen zur vollständigen Zerstörung der Lebensgrundlagen der palästinensischen Bevölkerung in Gaza und zum Ausschluss humanitärer Hilfsorganisationen nicht nur eine schwerwiegende Verletzung von grundlegenden Menschenrechten, sondern einen eklatanten Völkerrechtsbruch darstellen, der sanktioniert werden sollte.

Almuth Berger, Dorothee Engelhardt, Heino Falcke, Martin Falcke, Joachim Garstecki, Heiko Lietz, Ruth Misselwitz, Hans Misselwitz, Elisabeth Raiser, Konrad Raiser, Gudrun Rein, Gerhard Rein, Alke Seela, Bernd Winkelmann, Andreas Zumach

und verweist auf eine Brief-Aktion des EAPPI

<https://www.eappi-netzwerk.de/kampagnen/>

Namen und Anschriften der Krefelder Bundestagsabgeordneten.

Kerstin Radomski, CDU

Deutscher Bundestag
Kerstin Radomski MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 030/ 227 73672
Fax: +49 030/ 227 76673
E-Mail: kerstin.radomski@bundestag.de
Wahlkreisbüro
Carl-Wilhelm-Straße 30-32
47798 Krefeld
Tel.: 02151 819820

Ansgar Heveling, CDU

Deutscher Bundestag
Ansgar Heveling
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 71035
Fax: 030 / 227 76235
E-Mail: ansgar.heveling@bundestag.de
Wahlkreisbüro Krefeld
Carl-Wilhelm-Straße 30-32
47798 Krefeld
Telefon: 0 21 51 / 81 98 80

Jan Dieren, SPD

Bundestagsbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 227 72610
E-Mail: jan.dieren@bundestag.de
Wahlkreisbüro Krefeld
Südwall 38
47798 Krefeld

Ulle Schauws, Grüne

Deutscher Bundestag
Ulle Schauws
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T: 030-227 74131
F: 030-227 76131
E-Mail: ulle.schauws@bundestag.de
Wahlkreisbüro
Karlsplatz 7
47798 Krefeld
Telefon: 02151/6566410
Fax: 02151/6566419
Mail: wahlkreis@ulle-schauws.de

Hauke Finger, AfD

Deutscher Bundestag
Hauke Finger
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030 227-72761
E-Mail: hauke.finger@bundestag.de